leitenden Fällen Wohlfahrtsunterstützungen an Erwerbslose ausgezahlt werden. Das dann eintretende Massenelend, da die Arbeitslosen dann ohne jeden Pfennig, Beihilfe und Unterstützung leben sollen, ist kaum auszudenken.

Nach dem Grundsatz der „christlichen Brüningregierung", den Armen alles zu nehmen, um es den Reichen zu schenken, soll auch den unteren schlecht bezahlten Beamten ein weiterer Teil ihres ohnhin ungenügenden Gehaltes gerauft werden. Ersucht man bisher in der Oeffentlichkeit nur, daß die Pläne auf einen vierprozentigen Gehaltsabbau hinauslaufen, so wird nach den neuesten Informationen

ein Gehaltsraub von wenigstens 6, wahrscheinlich aber von 8 Prozent erfolgen.

So sehen also die nächsten Pläne Brünings aus. Das ist also das „kleinere Uebel" der SPD., das auf dem Leipziger Parteitag noch einmal sanktioniert werden soll. Aber Herr Brüning soll aufpassen! Die Rechnung läßt sich auf die Dauer nicht ohne den Wirt machen. Die Front des Widerstandes gegen die Hunger- und Terrorgesetze wächst unaufhörlich. **Das ist die** Front, die sich gruppiert um die Kommunistische Partei und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Das ist keine Front, die nach parlamentarischen Pfründen begehrt, die teilnehmen will an Ministerbanketten und an der Schaffung von Gesetzen gegen das werktätige Volk. Das ist die Front der Ausgebeuteten, die sich entschlossen wehrt gegen Hungergesetze und die eines Tages eine eigene Notverordnung erlassen wird. Diese Notverordnung **heißt: Hinweg mit allen Volksausbeutern! Her mit Brot und Freiheit in einem sozialistischen Deutschland für alle Ausgebeuteten!**

Seydewitz „fordert Reichstagseinberufung"

„Linkes" Parteitags-Manöver

In der neuen Nummer der „linken" SPD-Zeitschrift Der Klassenkampf veröffentlichen die drei Reichstagsabgeordneten Max Seydewitz, Kurt Rosenfeld und Heinrich Strobel einen Brief an den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. In diesem Briefe erheben sie die Forderung auf Herbeiführung des sofortigen Reichstagszusammentritts. Sie erklären dabei, daß sie diesen Schritt unternommen haben, weil die Vertreter der SPD in der Sitzung des Aeltestenausschusses vom 6. Mai sich gegen den Zusammentritt des Reichstags ausgesprochen und seine Einberufung verhindert haben,

„trotz des gesetzwidrigen, die Arbeiterklasse aufs schwerste schädigenden Verhaltens der Reichsregierung in der Frage des Brotpreises,

trotz der dem Proletariat und insbesondere den Erwerbslosen von der Regierung Brüning drohenden Gefahren,

trotz der durch die Notverordnung dieses Kabinetts herbeigeführten Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Arbeiter- und insbesondere der proletarischen Freidenker- und Kulturbewegung."

Dieser Brief enthält ein glattes Geständnis der Mitschuld der SPD an allen Verbrechen der herrschenden Klasse im Kampfe gegen das Proletariat. Er ist auch eine Bestätigung unserer Feststellung über den Sinn und die Bedeutung der Ablehnung des kommunistischen Antrages auf Einberufung des Reichstags. Dennoch ist dieser Brief ein Dokument schamloser „linker" Heuchelei. Heute kommen die Herren Seydewitz und Rosenfeld, und spielen sich im Klassenkampf als Verteidiger der Arbeiterinteressen und als Kämpfer gegen die Schurkereien des Parteivorstandes auf . . . wohlgemerkt — nur in der kleinen Zeitschrift der „Opposition" — als jedoch der kommunistische Antrag, den diese drei „Linken" (wohl als vorläufiger Rest der ehemaligen „Neun") heute aufgreifen, zur Beratung stand, erschienen in den SPD-Tageszeitungen, die der breiten Masse zugänglich sind, gemeine und unflätige Beschimpfungen gegen die Kommunisten, denen man „Zusammengehen mit den Nazis" vorwarf. Diese Beschimpfungen der KPD wegen der Forderung der Reichstagseinberufung wurden auch in den „linken" SPD-Blättern gedruckt, die unter der Leitung der Seydewitz-Redakteure stehen. Als es also galt, vor der breiten Oeffentlichkeit Stellung zu nehmen und dadurch vielleicht der Abstimmung im Aeltestenausschuß eine andere Richtung zu geben, schwiegen die Herren um Seydewitz, oder richtiger, keilten sie in ihrer Presse genau wie der Vorwärts gegen die Kommunisten.

Die Dresdner Volkszeitung druckte damals kommentarlos die Erklärung der SPD-Vertreter ab, die ihre verbrecherische Sabotage mit folgendem Satz „begründeten":

„Die Sozialdemokratie kennt ihre Pflicht gegenüber den werktätigen Schichten. Sie wird sie in jeder Weise erfüllen, aber sich die Wege und die Art und Weise dazu weder von den Kommunisten noch von den bürgerlichen Parteien vorschreiben lassen."

Jetzt gestehen die Seydewitze, daß diese „Pflichterfüllung" ein Verbrechen am werktätigen Volke war. Dieses ganze Doppelspiel der „Linken", die offenbar bereits von „Neun" auf „Drei" zusammengeschmolzen sind, dient lediglich der Vertröstung der SPD-Arbeiter auf den kommenden Parteitag. Das geht deutlich aus dem Leitartikel Seydewitz' in demselben Heft hervor, in dem er zum Schluß die Hoffnung zu erwecken versucht, der Leipziger Parteitag werde die

„Wiedereinschaltung der Volksvertretung in die Politik fordern — im Interesse der Arbeiterklasse und im Interesse der erfolgreichen Bekämpfung der faschistischen Gefahr."

Abgesehen davon, daß man erneut ein Verbrechen begeht, wenn man der Arbeiterschaft einzureden versucht, das bürgerliche Parlament sei ein Mittel zur Bekämpfung der faschistischen Gefahr, so ist es gerade hier von Bedeutung, festzustellen, daß es der Bourgeoisie und den SPD-Führern gerade darauf ankommt, bis zum SPD-Parteitag Ruhe zu haben zur Fertigstellung der neuen Raubverordnung. Wenn diese dann verhängt ist, kann man ja im Reichstag Reden halten, Herrn Brüning und seinem Faschismus ist der Weg geebnet . . . Das ist der Sinn dieses „radikalen" Seydewitz-Briefes. Er ist ein neuer Betrug an den SPD-Arbeitern und an der gesamten Arbeiteröffentlichkeit.

Aber er ist auch gleichzeitig ein Symptom für die wachsende Empörung, ein Beweis für den Fortschritt der Krisenerscheinungen im SPD-Lager, ein Zeichen für den Loslösungs- und Klärungsprozeß in den Reihen der SPD-Arbeiterschaft.

Sozialdemokratische Klassengenossen! Wir begrüßen eure wachsende Entschlossenheit zum Kampfe gegen den Faschismus, gegen die verräterische Politik der SPD-Führung. Wir warnen euch jedoch vor den Betrügereien und demagogischen Manövern der Leute, die seit Jahr und Tag „radikal" sprechen und schreiben, aber noch nicht ein einziges Mal die Konsequenzen gezogen haben, sondern in allen entscheidenden Fragen das Bündnis mit Wels und Stampfer höher einschätzen als die Interessen der Arbeiterklasse.

Der kommende Parteitag wird euch nur Phrasen bringen — ihr aber wollt kämpfen!

Der kommende Parteitag soll euch an die Brüning-Republik ketten — ihr aber braucht und fordert die proletarische Einheitsfront mit den Kommunisten!

Der kommende Parteitag soll euch zu Handlangern des Brüning-Faschismus, zu Stützen der verfaulten kapitalistischen Wirtschaftsordnung machen — ihr aber wollt Klassenkampf **gegen Lohn- und Brotraub, wollt Kampf für ein freies, sozialistisches Deutschland!**

Deshalb dürft ihr nicht auf die hören, die euch auf diesen Parteitag der Wels und Konsorten vertrösten, die Seydewitze sind nur die „radikalen" Einpeitscher, Schildhalter dieses Parteivorstandes! Ihr habt als ehrliche Proletarier nichts mit solchen Betrugsmanövern zu tun! Das wissen wir Kommunisten! Wir denken nicht daran, euch für die Verbrechen eurer Führer verantwortlich zu machen. Ihr seid wie die gesamte Arbeiterschaft Opfer dieser Verbrechen. Deshalb rufen wir euch, appellieren an euch:

Formiert die rote Einheitsfront! Marschiert Schulter an Schulter mit euren kommunistischen und parteilosen Klassengenossen gegen unsere gemeinsamen Feinde! Nur diese rote Einheitsfront wird den Faschismus und alles, was hinter ihm steht, zu Boden ringen!

DMV „kann noch keine Taktik festlegen"

Föllers Einschläferungsversuche in der gestrigen DMV-Generalversammlung / Rufe zum Streik unter Führung der RGO!

Gestern fand im Dresdner Volkshaus eine überfüllte Generalversammlung der DMV-Vertrauensleute statt, um zu den Maßnahmen der Metallarbeiter gegen die unerhörten Lohnraubforderungen der sächsischen Metallindustriellen Stellung zu nehmen. Der Bevollmächtigte Föller erstattete den Bericht. Die letzten Verhandlungen hätten am Montag stattgefunden, wären aber nach 20 Minuten gescheitert.

Die Forderungen der Unternehmer sind Senkung der Akkordarbeiterlöhne von 78 auf 76 Pfennig pro Stunde, für die Lohnarbeiter Kürzung der Stundenlöhne um 10 Pfennig und Beseitigung der Ausgleichszulage von 5 Pfennigen. Nach diesen Vorschlägen der Metallindustriellen würden die Wochenverdienste bei 48 Stunden

für gelernte Metallarbeiter über 23 Jahre 31.68 Mark
für ungelernte Metallarbeiter über 23 Jahre 26.88 Mark
für ungel. Metallarbeiter v. 21 bis 23 Jahre 24.48 Mark
für weibliche Metallarbeiter über 23 Jahre 19.68 Mark
für weibl. Metallarbeiter v. 21 bis 23 Jahre 18.24 Mark

betragen.

Der DMV habe die Forderung aufgestellt, **die Löhne vor dem letzten Schiedsspruch zu erkämpfen.** Wer, wie die vielen Vertrauensmänner erwartet hatte, daß jetzt der DMV die Losung ausgeben würde: Macht die Metallbetriebe streikfertig, hatte sich gründlich getäuscht. Föller sprach lang und breit über die Wirtschaftskrise und die „Unmöglichkeit eines Kampfes" in der Wirtschaftskrise.

Was für einen Ausweg suchen die Bonzen?

Föller berichtete lang und breit über die Pilgerfahrt des sächsischen ADGB-Vorsitzenden, Karl Arndt, zu dem Reichskabinett Brüning, dessen reaktionärer Arbeitsminister erklärt habe, daß er „Schlichter anweisen werde" keine weiteren Lohnsenkungen vorzuschlagen, weil eine noch tiefere Herabsetzung des Einkommens untragbar sei. Föller, der früher am schärfsten die Schlichter gegen die RGO verteidigte, mußte, weil die Metallarbeiter inzwischen selbst die Erfahrung sammelten, erklären, daß die Schlichter nur auf Anweisung der Ausbeuter ihr Lohnsenkungshandwerk ausüben. Jetzt will er **Hoffnungen auf die reaktionäre Brüningregierung erwecken,** um so jeden Kampfwillen zu ersticken. „Welche Taktik sollen wir anwenden?" fragt Föller und sagt **die RGO hat schon ihre Taktik,** sie erklärt: Macht die Metallbuden streikreif! Wählt vorbereitende Kampfausschüsse! **Der DMV wisse aber doch „noch gar nicht, wie man sich jetzt verhalten muß" und könne die Taktik deshalb „noch nicht" festlegen.** Man könne nicht nach dem Abstimmungsergebnis gehen, wie viele Kollegen, die erklärten, der ADGB solle seine Kräfte in den Streik werfen.

Diese Ausführungen zeigen, wie die Empörung der Metallarbeiter wächst, wie sie sich immer mehr die Losungen der RGO zu eigen machen. Die DMV-Bürokratie ist deshalb bemüht, die Metallarbeiter **im dunkeln tappen zu lassen,** um sie zu entmutigen und zu überrumpeln, um so die Metallindustriellen in ihrem frechen Lohnraubvorstoß zu unterstützen.

Vertrauen zu den Bonzen, die so ihre eigenen Anhänger beschimpfen, die so schnöde das Vertrauen der Arbeiter mißbrauchen, können nur noch Brandleristen aufbringen. Föller List forderte, **daß die Metallarbeiter jetzt den Ausbeutern die Faust zeigen müssen und mit geschlossenem Kampf antworten.** Das Schlußwort Föllers brachte nichts Besonderes.

Anschließend erklärte Föller, die Arbeiterstimme hätte behauptet, daß aus der Lokalkasse des DMV dem Führer 100 000 Mark geliehen seien. Das sei ein „Schwindel"; der Führer habe sich **„nur für den Kredit verwendet,** damit die Kollegen nicht entlassen würden". Auf viele Zwischenrufe hin mußte Föller erklären, **daß der DMV sich „bei der Arbeiterschaft verwendet" habe. So wurde der „Schwindel"** der Arbeiterstimme **bestätigt,** denn die „Verwendung" ist die Garantieübernahme für diesen Kredit durch den DMV. Zur Aufklärung für Föller betonen wir: in der Arbeiterstimme stand kein Wort darüber, daß aus der Lokalkasse die 100 000 Mark bezahlt würden. Wir kommen aber darauf zurück.

Die Metallarbeiter haben in der gestrigen Generalversammlung feststellen können, daß sie nur aus eigener Kraft, gegen den Willen der DMV-Bürokratie, den Lohnraub abwehren können. Rüstet in allen Betrieben zum Streik! Wählt vorbereitende Kampfausschüsse! Mobilisiert alle Metallbuden im Sinne der Beschlüsse des Zentralen Kampfausschusses, der auf der Chemnitzer RGO-Konferenz gewählt wurde.

Döbeln, den 13. Mai

In der Zigarettenfabrik Kreuter, Döbeln, sind die Schlosser und Maschinenaufseher, etwa 80 Kollegen, in den Streik getreten, weil die Firma nicht den ihnen zustehenden Lohn zahlen will. Sie wurden bisher noch dem Tabakarbeitertarif entlohnt und verlangen Bezahlung nach dem Metalltarif. Der Vorschlag des DMV, zu verhandeln, wurde von den Arbeitern abgelehnt. Sie wollen nur verhandeln durch ihre eigene Vertretung. Der Betrieb ist für Metallarbeiter gesperrt.

Arbeitslose stürmen Madrider Rathaus

Morgen Massenkundgebung für die spanische Revolution, 20 Uhr Keglerheim

Madrid, 18. Mai (Eig. Bericht)

Die revolutionäre Massenbewegung in Madrid ist trotz des Regierungsterrors gewachsen. Alle geplanten Veranstaltungen der Monarchisten mußten abgesagt werden, da die Arbeiterschaft mit bewaffnetem Eingreifen drohte. Die Arbeitslosen veranstalteten eine Massendemonstration, die schließlich ihren Höhepunkt in einem Sturm auf das Rathaus fand. Nur mit Hilfe von Militär und Maschinengewehren konnte sich die Verwaltung behaupten.

Die Metzeleien in Madrid haben in der werktätigen Bevölkerung Spaniens höchsten Zorn hervorgerufen. Vergeblich bemüht sich, die am Blutvergießen schuldige Regierung, die Kommunisten für die „Unruhen" verantwortlich zu machen. Mehr als 300 revolutionäre Arbeiter sind unter den Kugeln der Zivilgarde gefallen.

Empört über dieses grausame Wüten, weigerte sich eine Kompanie des Regiments Tona-Danga, die zur Unterdrückung der Bewegung herbeigerufen worden war, den erhaltenen Befehl, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, auszuführen, und vertrieb die Zivilgarde.

Am Sonntag setzten erneut Massenverhaftungen von revolutionären Arbeitern ein. Diese Verhaftungen haben jetzt ihren besonderen Sinn. **Am 28. Juni sollen die Wahlen zur „verfassungsgebenden Nationalversammlung" durchgeführt werden.** Die Kommunistische Partei hat diese Terrormaßnahme damit beantwortet, daß sie am Sonntag ganz Madrid mit Flugblättern überschwemmte.

Aus Furcht vor weiteren Verfolgungen durch die erbitterten Arbeiter und Bauern, haben die Jesuiten beschlossen, das Land zu verlassen.

Morgen wird die Dresdner Arbeiterschaft um 20 Uhr im Keglerheim, Friedrichstraße, ihre Solidarität mit der spanischen Arbeiter- und Bauernrevolution bekunden!

Konsumverein Schwarzenberg ausgeschlossen!

Vom 16. bis 18. Mai tagte in Plauen der außerordentliche Verbandstag sächsischer Konsumvereine. Dort setzten die sozialfaschistischen Bürokraten ihre schändliche Spaltungspolitik fort und vollzogen den Ausschluß des Konsumvereins Schwarzenberg. Um den Ausschluß aus dem Verband sächsischer Konsumvereine ohne Hemmung durchführen zu können, hatte man Schwarzenberg nicht zur Tagung geladen. Trotzdem war Genosse Granz erschienen, um gegen die Spaltung zu kämpfen. Als Genosse Granz der von dem berüchtigten Verbandssekretär Böhm vorgelesenen Hetzrede entgegentreten wollte, drosselte man die Diskussion ab und ließ den Genossen Granz mit Hilfe der Polizei aus dem Saal schleppen. Die oppositionellen Delegierten, von diesem unerhörten Vorgehen empört, verließen unter Protesten und dem Gesang der „Internationale" die Verbandstagung.

Pressestimmen über Oldenburg

Von den Oldenburger Landtagswahlen wird heute das vorläufige amtliche Ergebnis (dessen Zahlen besonders für SPD und Nazis unter den gestern gemeldeten liegen) mitgeteilt. Es lautet:

Kommunisten 18 835, 3 Mandate;
Sozialdemokraten 54 878, 11 Mandate;
Nationalsozialisten 87 778, 19 Mandate;
Deutsche Volkspartei 5558, 1 Mandat;
Zentrum 46 192, 9 Mandate;
Staatspartei 8513, 1 Mandat;
Landvolk 5403, 1 Mandat;
Liste Wengand 5194, 1 Mandat.

Zu dem Wahlergebnis schreibt die Völkische Zeitung:

„Prozentual noch stärker war die Zunahme der Kommunisten. **Mit Recht hat der Führer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey,** am gleichen Sonntag darauf hingewiesen, daß der junge Deutsche Scheringer, der zu den Kommunisten gegangen sei, bei weiterer Enttäuschung der Nationalsozialisten viele Nachfolger finden werde. **„Die Mischung vaterländischer und sozialer Agitation führe dahin, daß die Anhänger dorthin gehen, wo die Agitation schlechthin als Weisheit letzter Schluß zu finden sei."**

Der Vorwärts schreibt:

„Man kann annehmen, daß der Gewinn der Kommunisten im wesentlichen auf Kosten der Sozialdemokratie erfolgt ist. Es bleiben dann aber immer noch fast 3000 Stimmen, die anderen Parteien zugeflossen sein müssen. Dies Ergebnis zeigt, daß die Sozialdemokratische Partei unermüdlich ihren Werbefeldzug („Werbefeldzug" — damit meint der Vorwärts die Feuerwehrdienstgarten der SPD und ihre tatsächliche Unterstützung der Faschisten) statt eines ernsten Kampfes gegen die Nazis. Red. d. Gef.) gegen den Faschismus fortsetzen muß! . . . Unter dem Gesichtspunkt der Parlamentsarithmetik sind die Dinge in Oldenburg festgefahren. Aber schließlich muß das Land verwaltet werden und wo in Länderparlamenten es nicht weiterzugehen scheint, finden sich doch die nötigen Verwaltungen — siehe Sachsen."

Der Vorwärts setzt also alle Hoffnung auf eine diktatorische Regierung wie Schieck in Sachsen, die natürlich nur eine sozialfaschistische Diktatur und eine Stärkung der Nazis bedeuten.

Rede des Gen. Litwinow in Genf

Im Europa-Ausschuß in Genf hielt gestern im Rahmen der Aussprache über die Wirtschaftskrise der Vertreter der USSR, Gen. Litwinow, eine einstündige Rede. Er sagte, daß Sowjetrußland an den Arbeiten des Ausschusses teilnehme, obzwar **in der USSR gegenwärtig ein ungeheurer Aufschwung der Wirtschaft vor sich geht.** Aber die USSR nehme nicht von der Krise im übrigen (d. h. kapitalistischen) Europa Kenntnis. Eine der Ursachen der Krise im kapitalistischen Europa sei **die Erhöhung der Steuerlasten zu militaristischen Zwecken.** Litwinow wies dann darauf hin, daß die USSR zur Milderung der Arbeitslosigkeit beitrage, da durch ihre Aufträge 50 bis 75 Prozent **des Exports der Maschinenindustrie von Deutschland, Frankreich und England und 23 Prozent des deutschen Exports landwirtschaftlichen Maschinen nach Rußland geht.** Litwinow sprach sich für ein internationales Abkommen aus, wonach die Waren auf dem Inlandsmarkt nicht zu höheren Preisen verkauft werden dürfen als auf dem Weltmarkt.

Im Zeichen des Niederganges.

Zum Leipziger Parteitag der Sozialdemokratischen Partei. (16 Seiten. Preis 10 Pfennig. Internat. Arbeiter-Verlag, Berlin.)

Die Broschüre wird den nach Klarheit ringenden sozialdemokratischen Arbeitern **helfen, den Weg zur neuen Klassenpartei zu finden.**